

DER LANDTAG SCHLESWIG - HOLSTEIN

109/2001

Kiel, 9. Oktober 2001

Anhörung Öffentliche Daseinsvorsorge – Orientierung zwischen Gemeinwohl und Wettbewerb

Kiel (SHL) – Der Europaausschuss des Schleswig-Holsteinischen Landtages führt am Mittwoch, dem 10. Oktober 2001, im Landeshaus in Kiel eine Anhörung zu dem Thema „Öffentliche Daseinsvorsorge – Orientierung zwischen Gemeinwohl und Wettbewerb“ durch. Gehört werden Vertreter der Versorgungsunternehmen, von Verbänden und Instituten, die die Energiewirtschaft, die Kreditwirtschaft und den Öffentlichen Personennahverkehr auf Bundes- bzw. Landesebene vertreten.

Auslöser der Anhörung ist die nach jahrelangem Streit im Juli getroffene Grundsatzentscheidung der EU-Kommission zur Änderung der Haftungsgrundlagen öffentlich-rechtlicher Kreditinstitute, sprich die Modifizierung von Anstaltslast und Abschaffung der Gewährträgerhaftung. „Es ist zu erwarten, dass die Institute vor einer strukturellen Neuausrichtung stehen; der Preis für mehr Klarheit und Rechtssicherheit öffentlich-rechtlicher Banken in Deutschland“, so Rolf Fischer, Vorsitzender des Europaausschusses. „Damit kommt die bis Ende des Jahres 2002 notwendige Novellierung der Landesbanken- und Sparkassengesetze auf den Gesetzgeber zu.“

„Die Anhörung zur öffentlichen Daseinsvorsorge“, so Rolf Fischer, „steht bewusst unter dem Leitgedanken Orientierung zwischen Gemeinwohl und Wettbewerb. Die Durchsetzung des Wettbewerbsrechts einerseits und die Anerkennung der mitgliedstaatlichen Leistungsbefugnisse im

Bereich der Daseinsvorsorge andererseits müssen keine Gegensätze sein. Die Anhörung soll gestützt auf Erfahrungen und Erkenntnisse der Kreditwirtschaft, der Energiewirtschaft und des Öffentlichen Personennahverkehrs Wege aufzeigen, wie das Prinzip der Daseinsvorsorge bestmöglich mit den gültigen Wettbewerbsregeln vereinbar ist.“

Die Anhörung ist öffentlich.

Herausgeber: Pressestelle des Schleswig-Holsteinischen Landtages, Düsternbrooker Weg 70, 24105 Kiel, Postf. 7121, 24171 Kiel, Tel.: (0431) 988- Durchwahl -1163, -1121, -1120, -1117, -1116, Fax: (0431) 988-1119
V.i.S.d.P.: Dr. Joachim Köhler, Annette Wiese-Krukowska, E-Mail: Joachim.Koehler@lvn.parlanet.de
Internet: www.sh-landtag.de – Presseinformationen per E-Mail abonnieren unter www.parlanet.de/pressticker

Anhang:

Anhörung des Europaausschusses, Mittwoch, den 10. Oktober 2001

Kiel, Landeshaus, Sitzungssaal 142

Öffentliche Daseinsvorsorge – Orientierung zwischen Gemeinwohl und Wettbewerb

I. Ablaufplan

1. Energiewirtschaft

10:00 - 10:15	<i>Dr. Eberhard Hoffmann-Berling, Vertriebsleiter der Schleswig AG</i>
10:15 - 10:30	<i>Dr. Michael Glahn, Geschäftsbereichsleiter Stromverbund der Hamburgischen Elektrizitäts-Werke AG</i>
10:30 - 10:45	<i>Jan-Christian Erps, Geschäftsführendes Vorstandsmitglied des Schleswig-Holsteinischen Landkreistages; Arbeitsgemeinschaft der Kommunalen Landesverbände</i>
10:45 - 11:00	Diskussion

2. Kreditwirtschaft

11:00 - 11:10	<i>Jan-Christian Erps, Geschäftsführendes Vorstandsmitglied des Schleswig-Holsteinischen Landkreistages; Arbeitsgemeinschaft der Kommunalen Landesverbände</i>
11:10 - 11:30	<i>Dr. Dietrich Rümker, Vorstandsvorsitzender der Landesbank Schleswig-Holstein Girozentrale (übernimmt zugleich Stellungnahme im Namen des Präsidenten)</i>

	<i>ten des Sparkassen- und Giroverbandes für Schleswig-Holstein, Herrn Olaf Cord Dielewicz)</i>
11:30 - 11:45	<i>Dr. Peter Hufner, Abteilungsdirektor im Bundesverband Deutscher Banken, Berlin</i>
11:45 - 12:00	Diskussion
12:00 - 12:15	Kaffeepause

3. Öffentlicher Personennahverkehr (ÖPNV)

12:15 - 12:30	<i>NN, Vertreter des Verbandes Deutscher Verkehrsunternehmen (VDV), Landesgruppe Nord</i>
12:30 - 12:45	<i>Norbert Rohde, Präsident des Verbandes Schleswig-Holsteinischer Omnibusbetriebe e. V.</i>
12:45 - 13:00	<i>Reiner Latsch, Konzernbeauftragter der Deutschen Bahn AG</i>
13:00 - 13:15	Diskussion

II. Themenstellung

Energiewirtschaft, ÖPNV, Kreditwirtschaft

- Aufgaben der Leistungen der Daseinsvorsorge, Versuch einer Definition
- Anforderungen an die Rechtssicherheit für die Kommunen und Regionen bei der Erbringung von Leistungen der Daseinsvorsorge (z.B. Reichweite u. Anwendung der europäischen Binnenmarkt- und Wettbewerbsregeln)
- Auswirkungen der zunehmenden Liberalisierung wichtiger Branchen
- Weiterentwicklung von Dienstleistungen, um den Anforderungen der Verbraucher an Qualität, Preis und Verfügbarkeit zu genügen

Energiewirtschaft

- Liberalisierung des Energiemarktes und Umweltschutz

Kreditwirtschaft

Grundsatzentscheidung der EU-Kommission betreffend die Änderung der Haftungsgrundlagen öffentlich-rechtlicher Kreditinstitute

(Juli 2001):

- Marktchancen vor dem Hintergrund geänderter Haftungsgrundlagen
- Zu erwartende Strukturveränderungen in der deutschen Kreditwirtschaft
- Notwendige Anpassungen der Organisations-, Ablauf- und Geschäftsstrukturen
- Notwendige Änderungen der Landesbanken- und Sparkassengesetze bis Ende 2002
- Position der Europäischen Bankenvereinigung (EBV) zu der vorliegenden Grundsatzentscheidung